

Staatsleitung und politische Parteien

Unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz

Luc Saner

Einführung

a) Heute stehen sich in der Politik der demokratischen Staaten Parteien mit verschiedenen politischen Positionen gegenüber. Illustrativ dazu sind die Darstellungen der schweizerischen Politiklandschaft durch die Bundeskanzlei, nämlich in der Wahlbroschüre für die schweizerischen Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007. Diese Broschüre lag den Wahlunterlagen bei. Unter dem Titel: "Die politische Landkarte" wurden die politischen Unterschiede im Abstimmungsverhalten im Nationalrat zwischen den Parteien mit einem Schema dargestellt, das zwischen links und rechts und zwischen liberal und konservativ unterscheidet. Die Verfasser dieser politischen Landkarte, Michael Hermann und Heiri Leuthold von der Universität Zürich, sehen den grössten Gegensatz zwischen der sozial und ökologisch eingestellten Linken und der wirtschaftsorientierten Rechten. Einen weiteren Gegensatz sehen sie zwischen den auf Bewahrung und Abschottung gerichteten Konservativen und den auf Oeffnung und Modernisierung zielenden Liberalen.

b) Die einzelnen Parteien erhielten Gelegenheit, sich in dieser Wahlbroschüre kurz vorzustellen. Im folgenden werden diese Darstellungen der Bundesratsparteien sowie der Grünen wiedergegeben.

SVP

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist mit rund 85 000 Mitgliedern und einem Wähleranteil von 26,7 % die stärkste Partei der Schweiz. Mit Christoph Blocher und Samuel Schmid stellt sie zwei profilierte Bundesräte. Sie entstand 1971 aus dem Zusammenschluss der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und der Demokratischen Parteien der Kantone Glarus und Graubünden. Die SVP vertritt den Mittelstand, das heisst Gewerbler, Bauern, Unternehmer, aber auch Angestellte. Ueberdies vertritt die SVP all jene, welchen eine unabhängige, neutrale und freie Schweiz wichtig ist, welche die demokratischen Rechte verteidigen und sich gegen immer mehr staatliche Interventionen und unnötige Gesetze wehren wollen.

Unsere drei wichtigsten Standpunkte:

1. Die SVP setzt sich für die Souveränität und Neutralität unseres Landes ein. Es ist ihr gelungen, den EU-Beitritt der Schweiz und die damit verbundenen nachteiligen Auswirkungen zu verhindern.

2. Die SVP setzt sich dafür ein, dass allen mehr Geld zum Leben bleibt. Sie setzt sich ein für eine Senkung der Steuern, Abgaben und Gebühren und hat eine Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien eingereicht.

3. Die SVP fordert mehr Sicherheit in den Städten und an den Schulen. Die SVP setzt sich seit Jahren für die Bekämpfung des Asylmissbrauchs, gegen die illegale Einwanderung und für eine gewisse Zurückhaltung bei Einbürgerungen ein.

SP

Die SP Schweiz setzt sich für eine soziale, offene und ökologische Schweiz ein. Mit Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger verfügt sie über zwei glaubwürdige Mitglieder im Bundesrat. Auch in den grössten Städten gestaltet die SP die Regierungsarbeit wesentlich. Die SP hat sich zum Ziel gesetzt, bei den Wahlen im Herbst 2007 stärkste politische Kraft zu werden. Damit will sie den Rechtsblock im Bundesrat sprengen und noch mehr Einfluss erhalten in Regierung und Parlament. Um sichere Renten, faire Löhne und gerechte Steuern zu garantieren. Und den notwendigen Reformen für eine moderne Familienpolitik, Chancengleichheit in der Bildung und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Unsere drei wichtigsten Standpunkte:

1. Sozial: Die SP Schweiz steht ein für eine sichere AHV, ein flexibles Rentenalter, das sich alle leisten können, gleiche Bildungschancen für alle, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Gleichstellung.

2. Offen: Die SP Schweiz ist für einen EU-Beitritt und eine aktive Aussenpolitik im Sinne der SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey: Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit.

3. Oekologisch: Die SP Schweiz setzt sich ein für die CO₂-Lenkungsabgabe, einen attraktiven öffentlichen Verkehr und für die Förderung erneuerbarer Energien und bekämpft den Bau neuer Atomkraftwerke.

FDP

Die FDP ist eine positive politische Kraft, welche die Schweiz auf die künftigen Herausforderungen vorbereiten will. Damit unser Land im internationalen Umfeld bestehen kann, brauchen wir eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz. In ihrer Politik orientiert sich die FDP an den liberalen Grundwerten: Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit. Die Menschen haben die Freiheit, ihr Glück zu suchen und damit ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Jeder Einzelne trägt Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft unter Berücksichtigung ethischer Massstäbe. Gerechtigkeit stützt sich auf Chancengleichheit. Damit kann jeder seine Möglichkeiten zum Erfolg nutzen. Mit Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz hat die FDP zwei Bundesräte, welche die Schweiz bewegen.

Unsere drei wichtigsten Standpunkte:

1. Die intelligente Schweiz – Wissen ist unser Rohstoff

Unser Land gehört zu den führenden Denk-, Forschungs- und Kulturstandorten der Welt.

2. Die wachsende Schweiz – Wachstum sichert unsere Zukunft

Wachstum entsteht durch die Leistung Aller und wird durch gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ermöglicht.

3. Die gerechte und die offene Schweiz – Gerechtigkeit heisst Chancengleichheit

Wir leben in einem Land mit guten und gerechten Rahmenbedingungen und funktionierendem sozialem Netz. Die Schweiz ist ein tolerantes, modernes, offenes Land und pflegt konstruktive Beziehungen zu Europa und der Welt.

CVP

Die CVP steht ein für eine liberal-soziale Schweiz. Unsere Politik sucht den Ausgleich zwischen Mensch und Gemeinschaft, Eigenverantwortung und Solidarität. Wir gestalten das Zusammenleben gemäss einem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild. Unsere Politik ermöglicht ausgewogene Lösungen und bringt die Schweiz vorwärts. Im Bundesrat werden diese Werte von Wirtschaftsministerin Doris Leuthard vertreten.

Unsere drei wichtigsten Standpunkte:

1. Arbeit: Wir fördern den Wirtschaftsstandort Schweiz mit Innovationskraft, attraktiven Steuern, erstklassigen Infrastrukturen und einem hohen Bildungsniveau. So sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.

2. Familie: Wir müssen ein kinderfreundlicheres Land werden! Familien brauchen für die Kindererziehung und Betreuung bessere Rahmenbedingungen. So ermöglichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

3. Soziale Sicherheit: Die Finanzierung der Sozialwerke ist die grösste Herausforderung der nächsten 20 Jahre. Nur mit gezielten Reformen ohne unrealistischen Aus- oder Abbau können wir sie sichern.

Die Grünen

Die Grünen wollen, dass alle Menschen in einer gesunden Umwelt in Würde und Frieden leben können. Wir setzen uns ein für Umwelt- und Tierschutz. Ebenso wichtig ist uns aber auch ein respektvolles Zusammenleben zwischen Frauen und Männern, zwischen Jung und Alt und zwischen Einheimischen und Eingewanderten. Wir engagieren uns für die Ueberwindung von Unrecht und Gewalt hier und weltweit. Und wir wollen die natürlichen Grundlagen erhalten, damit auch die künftigen Generationen auf unserem Planeten gute Lebenschancen haben.

In der Schweiz gibt es in fast allen Kantonen grüne Parteien. Und seit 2003 gibt es die Jungen Grünen, die sich mit viel Phantasie für die Umwelt, für Chancengleichheit und eine gerechte Globalisierung einsetzen.

Unsere drei wichtigsten Standpunkte:

1. Klimapolitik: Weg vom Oel lautet unsere Losung. Wir wollen den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050 und den Atomausstieg. Das dient der Umwelt.

2. Chancengleichheit: In der Schule, in der Ausbildung und im Beruf sollen Frauen und Männer die gleichen Rechte und Chancen haben. Wegen Herkunft, Geschlecht oder Religion darf niemand benachteiligt werden.

3. Friedenspolitik: Wir sind für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten und für weltweite Gerechtigkeit. Die Schweiz soll sich einsetzen für Entwicklungszusammenarbeit, Friedenspolitik, Menschenrechte.

c) Es wird im folgenden dargelegt, weshalb diese Positionen der Parteien holistischen Ansprüchen nicht genügen. Diese fehlende Holistik führt dazu, dass die Parteien ihre Positionen nicht konsequent vertreten können und dass wesentliche Fragen nicht thematisiert werden. Deshalb können grundlegende Probleme auch nicht gelöst werden.

Um dies deutlich zu machen, ist zuerst das von der Basler Gesellschaft Au Bon Sens entwickelte Staatsleitungsmodell darzustellen, unter besonderer Berücksichtigung des aktuellen Sinns.

Das Staatsleitungsmodell der Basler Gesellschaft Au Bon Sens

a) Nach heutigem Staatsverständnis kommt dem Staat eine umfassende Verantwortung bei der Befriedigung unserer Bedürfnisse zu. Dies ist auch zweckmässig, weil allein der Staat die Organisation aller ist. Dies gilt für die Schweiz, aber auch für unseren Kanton. So kann der Staat zwar mit einem marktwirtschaftlichen System die Wirtschaft grundsätzlich den Privaten überlassen; tritt jedoch eine zu hohe Arbeitslosigkeit auf, so sieht sich der Staat wieder in die Verantwortung genommen. Zudem ist es aufgrund der vielfältigen Zusammenhänge für ein Gemeinwesen nahezu unmöglich, nur in einzelnen Bereichen tätig zu sein, ohne dadurch andere Bereiche zu beeinflussen. So prägt der Staat mit seiner Ausbildungskonzeption unsere Berufschancen, während er mit seiner Steuerordnung unsere Finanzen umverteilt. Ein Blick in die systematischen Rechtssammlungen der Schweiz und ihrer Kantone belegt, dass wohl kein Bereich existiert, der nicht durch dieses Regelnetz direkt oder indirekt erfasst wird. Andererseits ist der Einflussbereich der Schweiz oder gar eines Kantons im heutigen globalen Umfeld vielfältig beschränkt. Trotzdem darf sich kein Gemeinwesen seiner umfassenden Verantwortung entziehen. Kann es seiner Verantwortung nicht gerecht werden, müssen entsprechende Anträge an übergeordnete oder untergeordnete Gemeinwesen gestellt werden.

Jedoch bedeutet die umfassende Verantwortung keineswegs, dass der Staat alle Bedürfnisse seiner Bevölkerung selbst befriedigen muss. Eine derartige Aufgabenfülle würde jede Organisation überfordern. Der Staat muss sich grundsätzlich auf seine strategischen Aufgaben konzentrieren. Deshalb hat es sich als zweckmässig erwiesen, vom Staat nur diejenigen Aufgaben erledigen zu lassen, die nicht durch Private erledigt werden können. Schliesslich sollen nicht alle unsere Bedürfnisse unbesehen befriedigt werden. Vielmehr sind die Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang zu bewerten, der sogenannten Synthese.

Im Resultat gibt sich als oberstes Staatsziel: Ein Staat sollte so organisiert sein, dass die synthetisierten Bedürfnisse der Bevölkerung optimal befriedigt werden können. Der Staat kann diese Bedürfnisse selbst befriedigen, oder er kann die Voraussetzungen schaffen, dass die Bevölkerung ihre Bedürfnisse selbst befriedigen kann.

b) Um dieses oberste Staatsziel zu erreichen, sind acht Schritte unabdingbar.

- Im ersten Schritt müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung ermittelt werden, da die Bedürfnisse individuell und veränderlich sind. So sind Umfragen und Analysen denkbar, die einmal pro Legislatur stattfinden.
- Im zweiten Schritt sind die Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang zu bewerten, der sogenannten Synthese. Optimale Bedürfnisbefriedigung bedeutet ja nicht, dass alle Bedürfnisse unbesehen zu befriedigen sind. Dies ist weder möglich noch wünschbar. Die deshalb nötige Bewertung der Bedürfnisse ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsleitung.
- Im engen Zusammenhang mit der Synthese steht der dritte Schritt der Staatsleitung, die Festlegung der Staatsziele, die zur Befriedigung der synthetisierten Bedürfnisse führen sollen. Da es organisatorisch nicht möglich ist, vom Staat einfach die Bedürfnisbefriedigung zu verlangen, muss ein Umsetzungsprozess auf die Zielsetzungen einer Grossorganisation hin stattfinden. So findet das individuelle Bedürfnis nach wirtschaftlicher Sicherheit unter anderem seine Befriedigung in einer ausgeglichenen Handelsbilanz, einer geringen Inflations- und Arbeitslosenrate und einer ausgeglichenen Staatsrechnung.
- Da die Staatsziele abstrakt sind, wird zuweilen vergessen, dass das oberste Staatsziel die optimale Bedürfnisbefriedigung ist. Der Staat droht zum Selbstzweck zu verkommen. Deshalb muss die Umsetzung der Staatsziele, der vierte Schritt der Staatsleitung, den Output, den Nutzen für die Bevölkerung betonen. Dies geschieht mit Vorteil mittels New Public Management-Instrumenten wie Produkten und Leistungsaufträgen. Zur Umsetzung der Staatsziele ist aber auch die Gesetzgebung einzusetzen.
- Im fünften Schritt sind neben der Anwendung der Rechtsetzung die Produkte herzustellen und die Leistungsaufträge zu erfüllen. Dabei ist stets zu prüfen, wer für die Herstellung der Produkte oder die Erfüllung der Leistungsaufträge am geeignetsten ist, Private oder der Staat.

- Im sechsten Schritt ist das gesamte System zu kontrollieren. Damit ist sicherzustellen, dass die Staatsleitung wie vorgesehen funktioniert. Festgestellte Fehler sind zu beheben.
 - Der siebte Schritt besteht darin, das System als solches zu überprüfen. So kann die Staatsleitung zwar wie vorgesehen funktionieren, doch wird das oberste Staatsziel, die optimale Befriedigung der synthetisierten Bedürfnisse, nicht erreicht. Deshalb muss die entsprechende Zufriedenheit der Bevölkerung analysiert werden. Zudem ist das System fallbezogen zu evaluieren, insbesondere anhand des Grundsatzes der Effizienz. Damit ist zu prüfen, ob der Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den erzielten Resultaten steht.
 - Im achten Schritt schliesslich ist das Staatsleitungssystem wo nötig zu reformieren.
- c) Um unsere Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang zu bewerten, der sogenannten Synthese, sollte man sich in der Politik über den Gesamtzusammenhang einigen. Am einfachsten wäre es, wenn der Sinn des Daseins, genauer das sinnvolle Ziel des Daseins bekannt wäre. Dies ist leider nicht der Fall. Deshalb ist dieser Sinn des Daseins zu suchen und deshalb muss man sich auf einen aktuellen Sinn einigen. Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens hat aufgrund einer Analyse der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution vorgeschlagen, als aktuellen Sinn die Erhaltung und Weiterentwicklung komplexer Strukturen zu postulieren. Derartige Strukturen sind nicht nur komplexe physische Strukturen wie zum Beispiel wir Menschen, sondern auch komplexe geistige Strukturen, Ideen resp. Meme. Meme sind Ideen, die sich wie Gene reproduzieren.

Probleme aufgrund fehlender Holistik

a) Bei einem Vergleich der Positionen der politischen Parteien mit dem Staatsleitungsmodell der Basler Gesellschaft Au Bon Sens fällt auf, dass die Positionen der Parteien holistischen Ansprüchen nicht genügen können. Trotz dem Anspruch der Parteien, umfassend die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, haben sie sich weder umfassend mit der Frage eines obersten Staatsziels noch umfassend mit den acht Schritten der Staatsleitung befasst. Dies aber ist die zwingende Aufgabe einer Partei, die das Volk als Gesamtes vertreten will.

So fehlt den Parteien bereits die Kenntnis des beschriebenen Staatsleitungsmodells, obwohl die genannten Schritte zwingend sind. Zwar folgen sie diesen Schritten faktisch, aber nicht bewusst, nicht systematisch und ohne das nötige Knowhow.

b) So sind die Bedürfnisse, die die Parteien befriedigen möchten, nicht das Resultat grundlegender Analysen. Vielmehr handelt es sich um Bedürfnisse, die in bestimmten historischen Konstellationen im Vordergrund einer bestimmten Gruppe standen. Klassisch sind für die SVP das Bedürfnis nach Sicherheit, für die SP das Bedürfnis nach Gleichheit, für die FDP das Bedürfnis nach Freiheit,

für die CVP das Bedürfnis nach Familie und für die Grünen das Bedürfnis nach Bewahrung. Doch inwiefern diese Bedürfnisse heute für die entsprechenden Parteien im Vordergrund stehen sollten, ist zu wenig durchdacht. Es wäre interessant zu hören, wie die einzelnen Parteien ihre Prioritäten bezüglich folgender Bedürfnisse begründen würden: Fortpflanzung, Sexualität, Familie, Freundschaft, Macht, Geld, Verschwendung, Wahrheit, Schönheit, Fröhlichkeit, Neugierde, Sensation, Gesundheit, Ruhe, Hygiene, Abwechslung, Genuss, Besitz, Schutz, Kunst, Religion, Aberglaube, sinnvolle Ziele, Weltverständnis, Freiheit, Bewahrung, Leistung, Egoismus, Zerstörung, Angst, Flucht, Betrug.

Nach dem beschriebenen Staatsleitungsmodell sollte die Bewertung der Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang, der sogenannten Synthese, anhand des aktuellen Sinns vorgenommen werden. Aufgrund einer Analyse der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution wird vorgeschlagen, als aktuellen Sinn die Erhaltung und Weiterentwicklung komplexer Strukturen zu postulieren. Eine derart grundlegende Analyse als Voraussetzung der Synthese unserer Bedürfnisse hat keine Partei vorgenommen. Dementsprechend äussern sich die Parteien z.B. zu religiösen Fragen lediglich formal und tun so, als hätten sie mit religiösen Inhalten wenig bis nichts zu tun. Andererseits nehmen ihre Vertreter regelmässig an religiösen Ritualen teil oder zeigen sich mit religiösen Funktionären in der Öffentlichkeit. Die Stellung des Menschen in der Evolution ist den Parteien zu wenig bekannt. So ist die Rolle des Artensterbens für die biologische Evolution und das Aussterberisiko des Menschen kein Thema. Der für eine nachhaltige Entwicklung wichtige Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung wird nicht thematisiert. Die Synthese unserer Bedürfnisse durch die Parteien folgt dementsprechend „augenfälligen“ Prinzipien wie aktuell thematisierten Ereignissen, wahltaktischen Überlegungen, Einflüssen von Interessengruppen oder persönlichen Interessen von Beteiligten.

Dass diese mangelnde Holistik auch auf die weiteren Schritte der Staatsleitung, insbesondere die Festlegung des obersten Staatsziels und der weiteren Staatsziele, durchschlägt, ist offensichtlich. Damit steht das ganze heutige Staatsleitungssystem auf tönernen Füßen.

c) Die Positionen der Parteien können mangels Holistik nicht konsequent vertreten werden. Widersprüche sind die Folge. So will die SVP die Bauern vertreten und sich gleichzeitig gegen staatliche Interventionen wehren sowie Steuern, Abgaben und Gebühren senken. Nun herrscht aber gerade bei der Landwirtschaftspolitik Staatsinterventionismus und Subventionspolitik. Die SP will sich für sichere Renten und faire Löhne einsetzen, ist aber gleichzeitig für einen EU-Beitritt. Mit einem EU-Beitritt aber kommen Renten und Löhne kurz- und mittelfristig unter Druck. Was langfristig geschehen wird, weiss niemand. Die FDP will, dass die Menschen die Freiheit haben, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Allerdings sollte der Einzelne auch die Freiheit haben, sein Leben in Abhängigkeit zu gestalten. Freiheit ist keine absolute Position. Die CVP will die Schweiz vorwärts bringen. Wohin, ist damit aber zu wenig klar. Und bei ihrem Kernthema, der Familienpolitik, will die CVP die Schweiz wohl eher

„rückwärts“ bringen. Die Grünen schliesslich sind zu harmonieorientiert und übersehen damit, dass die biologische Evolution auf Selektion beruht.

d) Aufgrund fehlender Holistik lassen sich auch grundlegende Probleme nicht lösen. Dies gilt für die Streitigkeiten zwischen den Religionen oder die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere um Umweltkatastrophen und Rohstoffkriege zu verhindern. Ohne holistische Betrachtung lässt sich kein Studium generale organisieren, dank dem die Universitäten ihren Namen wieder zu Recht tragen könnten. Ohne holistische Betrachtung verharren die staatlichen und privaten Organisationen im Kleingruppenverhalten, ohne in strategische Zusammenhänge eingebettet zu sein. Ohne holistische Betrachtung versteht der einzelne Mensch seine Stellung in der Evolution nicht, soweit sie heute überhaupt verstanden werden kann. Last but not least erkennen wir ohne holistische Betrachtung nicht, was wir erkennen können.

e) Schliesslich ist auf das Links-/Rechtsschema und das Konservativ-/Liberalenschema zu verzichten, da diese Schemata hauptsächlich von Rang- und Machtüberlegungen im Sinne des für den Menschen typischen Kleingruppenverhaltens dominiert sind. Die Positionen dieser Schemata genügen holistischen, strategischen Ansprüchen nicht, und führen zu unnötigen Widersprüchen. Dies führt auch zu den Pendelbewegungen der Politik und den Schwierigkeiten, die Wahlversprechen einzuhalten.

Die einzelnen Positionen dieser Schemata werden von deren Vertretern aufgrund der eigenen Biographie und aufgrund von Emotionen ausgewählt, nicht aufgrund von generell-abstrakten Überlegungen. Zudem betreffen die Positionen dieser Schemata lediglich den vierten Schritt der Staatsleitung. Die politisch relevanten Fragen sind nicht diejenigen nach links und rechts oder liberal und konservativ, sondern diejenigen, die sich aufgrund des geschilderten Staatsleitungsmodells ergeben. Dabei ist die Frage nach dem erwähnten aktuellen Sinn zentral. Und die entsprechenden Massnahmen müssen aufgrund der konkreten, im Übrigen immer wieder wechselnden Lage erarbeitet werden – und nicht von vorneherein aufgrund der genannten Schemata.

Lösungsvorschläge

a) In formeller Hinsicht ist das beschriebene Acht-Schritte-Staatsleitungsmodell weltweit einzuführen. Dieses Modell lässt sich nämlich unabhängig vom Staatsleitungssystem anwenden, funktioniert also bei geeigneter Umsetzung sowohl in Monokratien, Oligarchien als auch in Demokratien.

b) In materieller Hinsicht ist sowohl der Sinn des Daseins zu suchen als auch ein aktueller Sinn zu bestimmen. Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens schlägt wie erwähnt vor, die Entstehung und Weiterentwicklung komplexer Strukturen als aktuellen Sinn zu bestimmen. Dazu hat sie sich in ihrem Buch „Partnerschaft und Familie“, S. 93 ff. ausführlich geäussert.

c) Um dieses Ziel anzustreben, ist ein ganzes Bündel von Massnahmen notwendig. Dazu sei auf das bereits erwähnte Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens verwiesen. Daraus seien vier Massnahmen besonders erwähnt.

Dringlich ist die Einführung eines Studium generale, das umfassend zu den grundlegenden Fragen Stellung nimmt: Woher kommen wir, was sind wir und wohin sollen wir gehen? Dazu findet sich auf der Homepage der Basler Gesellschaft Au Bon Sens unter der Rubrik „Links“ ein Entwurf für ein Programm eines Studium generale.

Weiter sind die Religionskonflikte zu überwinden. Deshalb sind die religiösen Fragen auf wissenschaftlicher Grundlage zu beantworten: Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens hat dies in ihrem Buch „Religionen, Rituale und Symbole“, S. 20 ff. versucht.

Zudem ist eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Deshalb ist die weltweite Bevölkerungszahl deutlich zu reduzieren. Eine Begründung dazu findet sich im Buch der Basler Gesellschaft Au Bon Sens „Ein Staatsleitungsmodell“ S. 45 ff.

Im übrigen ist die Gründung eines Weltstaates zu prüfen, da viele grundlegende Probleme nur noch global gelöst werden können.

d) Abschliessend stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch Parteien braucht. Sicher braucht es zur Einführung des Programms der Basler Gesellschaft Au Bon Sens (www.aubonsens.ch/programm.pdf) eine Partei, die global tätig wird. Zur Gründung dieser Partei ist ein entsprechender Plan zu erarbeiten. Was die aktuellen politischen Positionen dieser Partei betrifft, so sind diese unter Berücksichtigung des Programms der Basler Gesellschaft Au Bon Sens von den entsprechenden Parteiorganen festzulegen.

Parteien sind im Übrigen dann sinnvoll, wenn bezüglich des obersten Staatsziels und der acht Schritte des Staatsleitungsmodells sinnvollerweise verschiedene Meinungen vertreten werden können. Dies ist insbesondere bei den drei ersten Schritten der Staatsleitung denkbar. So sind unterschiedliche Bedürfnisanalysen, unterschiedliche Synthesen der Bedürfnisse und unterschiedliche Staatsziele denkbar. Ganz besonders interessant ist die Frage nach dem aktuellen Sinn. Die Zukunft wird zeigen, welche Ideen sich ausprägen werden.

© Luc Saner, Basel, 2008. Alle Rechte vorbehalten.

Internet: www.aubonsens.ch/parteien.pdf